

Verhandlungen zu einem solchen Zeitpunkt als negativ für die Regierung angesehen und gleichgesetzt wird mit ihrer Demütigung und einem Gesichtverlust.

Nichts wäre derzeit jedoch notwendiger, Regierung, UNP und LTTE als die drei entscheidenden Parteien im Konflikt anzuerkennen und zusammenzubringen. Nur sie können letztendlich eine Lösung herbeiführen. Dies bedeutet nicht, daß die anderen Parteien - auch die zahlreichen tamilischen anti-LTTE Parteien - nicht bedeutend wären. Aber es sind die drei erstgenannten, die im Zusammenhang mit einer Lösung entscheidend sind. Wie können diese drei Kräfte zusammengebracht werden? In Sri Lanka gibt es momentan keine Initiative, die dies schaffen könnte. Die Präsidentin hat bisher die Auffassung vertreten, man brauche keine internationale Vermittlung, weil man selber die Fähigkeit habe, mit der Situation zurechtzukommen. Wenn man die amateurhaft geführten Verhandlungen

mit der LTTE zwischen Ende 1994 und Anfang 1995 zum Maßstab nimmt, muß dies jedoch bezweifelt werden. In einem Interview mit der in Madras erscheinenden Zeitschrift 'Frontline' vom 4. Oktober hat die Präsidentin ihren bisherigen Standpunkt relativiert und sich unter bestimmten Bedingungen zu einer internationalen Vermittlung bereiterklärt.

Aber die Art und Weise, wie die UNP derzeit von der Regierung Kumaratunga behandelt wird und die weitere militärische Konfrontation mit der LTTE, mehr nicht gerade die Aussichten, daß diese drei Gruppierungen in absehbarer Zeit zusammenkommen könnten. Die UNP will möglicherweise der Regierung nicht zu einem Triumph verhelfen, indem sie mit ihr an einem Strang zieht. Die LTTE wird sich nicht nach vorne bewegen und ihren Kampf ohne substantielle Erfolge aufgeben - erst recht nicht ihre Waffen als Vorbedingung für Gespräche niederlegen.

Interview:

"Internationale Vermittlung ist notwendig"

S. Balakrishnan ist Sekretär der bekanntesten Menschenrechtsorganisation, dem 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE). Seit Jahren kämpft die Organisation für ein Ende des Krieges und einen föderativen Staat Sri Lanka. Mit Balakrishnan sprach Walter Keller in Colombo. Auszüge:

Wer könnte denn im Konflikt vermitteln? Welche Politik betreibt Indien derzeit?

Man muß sicherlich die regionalen Fakten zur Kenntnis nehmen. Und deshalb muß Indien in einen Friedensprozeß mit einbezogen werden, ob man dies will oder nicht. Sollte aber nur Indien aktiv werden, so ist dies sicherlich nicht gut, es würde alles vermutlich noch zuspitzen und chaotisieren. Es gibt nach wie vor bei vielen Sinhalesen große anti-indische Gefühle und auch die LTTE hat immer Zweifel gehegt bezüglich der Rolle, die Indien spielt. Wir brauchen eher eine Intervention durch eine neutrale Stelle, eine Institution wie das Commonwealth Institute oder ein neutrales Land wie Kanada, Norwegen oder Australien. Zahlreiche Länder haben sich da in der Vergangenheit angeboten, aber die Regierung hat diese Angebote immer zurückgewiesen.

Wie steht es diesbezüglich mit der LTTE?

Es gibt große Zweifel, ob die LTTE jemals kompromißbereit sein wird. Die Frage, die man sich stellt, geht dahin, ob die LTTE in einem demokratischen Umfeld überlebensfähig ist. Ich würde die Frage etwas anders stellen: Ich denke, niemand kann nur mit Waffen und Kanonen über längere Zeit überleben. Sollte es einen erstgemeinten Versuch der Regierung geben, den Konflikt zu lösen, zum Beispiel über eine föderative Verfassung, die natürlich die Autonomie des tamilischen Volkes und ihr Recht auf Selbstverwaltung in ihren traditionellen Siedlungsgebieten festschreiben müßte, dann würde die tamilische Bevölkerung sich dafür aussprechen. Und es läge allein an der tamilischen Bevölkerung, in einer solchen Situation eine neue Position gegenüber der LTTE zu finden. Denn nur die tamilische Bevölkerung ist in der Lage, die LTTE von innen zu reformieren. Niemand anderes. Die LTTE könnte einem Druck, der von der Mehrheit der Bevölkerung ausgehen würde, nichts entgegensetzen. Aber bisher war die LTTE in der Lage, zu überleben, nicht so sehr wegen der eigenen Fähigkeiten, sondern wegen der ethnisch-motivierten Politik der verschiedenen Regierungen. Derzeit dürften nur wenige Tamilen damit einverstanden sein, wenn die LTTE marginalisiert würde, weil sie so-

zusagen das einzige Werkzeug in der Hand des tamilischen Volkes darstellt. Viele Tamilen fragen sich deshalb derzeit: Was ist die Garantie, daß wir die uns zustehenden Rechte gewährt bekommen, wenn die LTTE eliminiert ist.

Glauben Sie, die Regierung hätte bisher mehr tun können?

Schauen Sie sich doch nur an, was die Regierung tut, bzw. nicht tut. Ich will nur ein Beispiel geben: Nach der Machtübernahme hat die Präsidentin mit viel Getöse ein Ministerium geschaffen, das sich 'Ministry of National Integration and Ethnic Affairs' nennt. Was bedeutet einem Tamilen dieses Ministerium? Nichts. Überhaupt nichts. Die Regierung hat was geschaffen, ohne es mit Inhalten zu füllen. Man hätte so viel tun können. 1988 wurde - nach Jahrzehnten der Auseinandersetzungen - die tamilische Sprache zur offiziellen Staatssprache erhoben, aber nach wie vor kann kein Tamile zum Beispiel bei einer Polizeiwache in Colombo eine Anzeige in tamilisch erstatten. Alles wird in sinhalesisch protokolliert. Und Tamilen müssen dann etwas unterschreiben, was sie überhaupt nicht lesen können. Es gibt zwar einige tamilische Polizeibeamte. Die sind aber Verkehrspolizisten und auf niedrigem Niveau, weil selbst innerhalb der Polizei tamilischen Beamten mißtraut wird. Auf anderen Behörden sieht es nicht anders aus. Anstatt Milliarden für den Krieg auszugeben und zehntausende von Soldaten zu rekrutieren, hätte die Regierung ganz einfach 1.000 Übersetzer rekrutieren und diese zum Einsatz bringen können. Das wäre kein großes Problem gewesen, es gibt genügend Tamilen und Muslime, die zweisprachig sind. Nehmen wir noch die Anschaffung von eintausend tamilischen Schreibmaschinen hinzu die den verschiedenen Behörden, auch im ländlichen Raum, zur Verfügung gestellt würden und proklamieren, daß jeder Brief, der in tamilischer Sprache an eine Behörde geht, auch in dieser beantwortet werden müßte. Das hätte eine gewaltige Auswirkung gehabt, es hätte das Vertrauen bei der tamilischen Bevölkerung in die Regierung gefördert, die Menschen hätten gesehen, daß es der Regierung ernst damit ist, die Wünsche der tamilischen Bevölkerung in ihre Politik einzubeziehen. Dagegen wird der Staat weiter 'sinhalisiert', um die Dominanz der sinhalesisch-

buddhistischen Bevölkerung abzusichern und fortzuschreiben. Ich habe derzeit alle meine Hoffnungen aufgegeben, obwohl ich für diese Regierung im Wahlkampf hart gearbeitet habe. Ich glaube nicht mehr daran, daß die Präsidentin die Probleme lösen kann.

Die eskalierende Situation der letzten Monate hat dann auch wieder sinhalaisisch-buddhistische Extremisten und Teile des buddhistischen Klerus gestärkt. Diese Kräfte widersetzen sich mit aller Kraft den notwendigen politisch-administrativen und verfassungsmäßigen Reformen wie dem Übergang von einem Einheitsstaat zu einem föderativen Staatesgebilde, weil sie glauben, nur in einem Einheitsstaat ginge das 'sinhalaisische Monopol' nicht verloren. In der ideologischen Überzeugung dieser Kräfte muß Sri Lanka deshalb weiterhin ein sinhalaisisch-buddhistischer Staat bleiben, in dem die sinhalaisischen Buddhisten die bestimmende Kraft sind. Der Übergang von einem Einheits- hin zu einem föderativen Staat würde den multi-ethnischen, multi-religiösen und multi-linguistischen Charakter des Staates anerkennen. In ihrem Fanatismus übersehen diese Kräfte jedoch, daß gerade sie es sind, die die Teilung des Landes immer mehr vorantreiben und so die weitere Destabilisierung der Region fördern.

Was ist die Rolle der tamilischen Anti-LTTE-Parteien derzeit?

Es ist eine eher traurige Situation. Sie stecken in einem Dilemma. Ihnen wäre es natürlich recht, wenn die LTTE geschwächt würde, weil ihr eigenes Überleben durch die LTTE gefährdet ist. Andererseits hat man der Regierung vertraut, weil man dachte, Chandrika Kumaratunga würde es wohl schon richten. Aber da hat man sich wohl geirrt. Die Regierung hat bis heute diesen sogenannten demokratisch-tamilischen Parteien keine angemessene Gelegenheit gegeben, ihre Vorschläge im Hinblick auf eine Friedenslösung zu unterbreiten und diese mit in das von der Regierung vor mehr als einem Jahr vorgestellte 'Devolution Proposal' einzubeziehen. Ich glaube, diese Gruppen und Parteien haben jetzt realisiert, daß von dieser Regierung nicht viel zu erwarten ist und daß man sich umorientieren muß. Andererseits ist natürlich eine enge Bindung und ein gutes Verhältnis zur Regierung für das eigene Überleben von Bedeutung. Sie stecken wirklich in einer sehr schwierigen Lage. Sie haben das Risiko auf sich genommen, offen die neue Regierung zu unterstützen. Und sie haben sich zu den militärischen Offensiven nur sehr moderat geäußert, obwohl diese zu großen Zerstörungen von tamilischem Eigentum geführt haben. Die einzige Alternative, die ihnen bleibt, ist, mit tamilischen Intellektuellen und progressiven sinhalaisischen Kräften zusammenzuarbeiten, um eine dritte Kraft zu bilden.

Konfliktlösung: Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

von Bryn Wolfe

Seit April 1995 werden die Auseinandersetzungen in Sri Lanka von der internationalen Staatengemeinschaft als ein rein interner Konflikt betrachtet, in den man von außen nicht eingreifen sollte. Nach Meinung des Forums basiert dieser offensichtliche internationale Konsens jedoch auf zwei Fehleinschätzungen des Konfliktes: erstens, daß der Bürgerkrieg auf den Nordosten der Halbinsel begrenzt sei und zweitens, daß die sri-lankische Regierung durch ihre Stärke entweder einen entscheidenden militärischen Erfolg erlangen oder eine Verhandlungslösung erzwingen kann.

Dieser Ansatz drückt sich auch in der Einschätzung der beiden Konfliktparteien aus. Die LTTE wird allgemein als Aggressor betrachtet, der die Friedensverhandlungen einseitig abgebrochen hat. Zudem werden die 'Tamil Tigers' als eine bedrohliche militärische, beziehungsweise terroristische Organisation angesehen, der die politische Reife fehlt, ihre militärischen Erfolge in eine pragmatische Politik der Zugeständnisse im Sinne einer regionalen Autonomie umzusetzen. International wird zunehmend die Aufrichtigkeit der LTTE in Frage gestellt, da sie die bisherigen Verhandlungen immer wieder, klassisch maoistisch, als Atempause genutzt hat, um ihre militärische Schlagkraft zu erneuern.

Im Gegensatz hierzu wird die Regierung von Chandrika Kumaratunga als eine politische Reformkraft betrachtet,

die mit der Selbstverpflichtung an die Macht gelangte, ein Programm zur Verfassungsreform, zum Schutz der Menschenrechte und für Verhandlungen um eine friedliche Lösung des ethnischen Konfliktes umzusetzen. Im Verlauf der beiden letzten Jahre haben internationale Beobachter an dieser Einschätzung festgehalten, obwohl die Regierung keine dieser Reformen realisieren konnte.

Das Forum hat stets die Meinung vertreten, daß es unnützlich ist, sich gegenseitig die Schuld für das Scheitern der vorgegangenen Verhandlungen zuzuweisen. Das vorrangige Ziel muß sein, Mittel und Wege für konstruktive Gespräche zu finden. Auf beiden Seiten halten jedoch die Menschenrechtsverletzungen an, und die Zunahme der Kampfhandlungen seit April 1995 ging mit weiteren Grausamkeiten auf beiden Seiten einher. Im Januar 1996 hat der Bombenanschlag der LTTE auf die Zentralbank in Colombo etwa 100 Todesopfer und mehr als 1.000 Verletzte gefordert. Im gleichen Monat wurden jedoch auch 24 Zivilisten durch Regierungssoldaten in Kumarapuram nahe Trincomalee massakriert. Eine UN-Gruppe registrierte 1995 allein 36 Fälle von "Verschwindenlassen", die auf das Konto von Regierungssoldaten gingen.

Die Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft auf die dramatischen Veränderungen in Sri Lanka innerhalb der vergangenen zwölf Monate waren

eher mild. Sie stützen sich weiterhin auf die diplomatischen Analysen unmittelbar nach dem Wahlerfolg der 'Peoples Alliance' von Chandrika Kumaratunga 1994 und deren Selbstverpflichtung für Frieden und Menschenrechtsreformen. Die Einschätzung der Kumaratunga-Regierung wird vor allem durch deren knappe Mehrheit im Parlament von nur einem Sitz geprägt. Ihre Regierung ist sowohl von der Unterstützung nationalistischer sowie auch reformbereiter Sinhalaisen abhängig. Den internationalen Beobachtern widerstrebt es daher, in irgendeiner Weise in den ethnischen Konflikt einzugreifen, um die Stellung der Regierung nicht zu schwächen.

Zudem geht man in diplomatischen Kreisen davon aus, daß die Regierung durch eine Guerilla-Armee herausgefordert wird, die den Waffenstillstand gebrochen und sich von den laufenden Friedensverhandlungen zurückgezogen habe sowie wahllos gegen Militärs und Zivilisten vorgehe. Diese Analyse ist weit davon entfernt, die beiden Seiten zu neuen Verhandlungen zu ermutigen. Sie hat sogar dazu geführt, daß einige Regierungen den Bürgerkrieg, wenn auch unbeabsichtigt, gefördert haben, indem sie, wie beispielsweise Großbritannien, das Waffenembargo gegenüber der sri-lankischen Regierung aufgehoben haben. Das Forum ist überzeugt, daß der Ausbau der Waffenarsenale auf beiden Seiten den Konflikt nicht beenden wird,